

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Horst Kortlang und Jörg Bode (FDP)

Die Auswirkungen des Brexits auf die niedersächsische Wirtschaft

Anfrage der Abgeordneten Horst Kortlang und Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 15.02.2019

Derzeit zeichnet sich zunehmend ab, dass der Austritt Großbritanniens aus der EU zum 30.03.2019 als harter, ungeordneter Austritt (Brexit) erfolgen könnte.

Die Zeit berichtete am 10.02.2019, dass die Niederlande aufgrund des bevorstehenden Brexits mehr als 40 Unternehmen aus Großbritannien abwerben konnten (vgl. <https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2019-02/brexit-unternehmen-niederlande-umzug-investoren>). Angesichts der „wachsenden Ungewissheit über den Brexit“ könnten sich die Unternehmen auf das „gute wirtschaftliche Klima“ in den Niederlanden verlassen, sagte der niederländische Wirtschaftsminister Eric Wiebes (ebd.). Das Politikjournal *Der Rundblick* berichtete am 11.02.2019, dass ein ungeordneter Brexit die Arbeitsplätze von mehr als 100 000 Menschen deutschlandweit bedrohe. Hierbei sei besonders die Autoindustrie durch einen zu erwartenden Exportrückgang betroffen (<https://www.rundblick-niedersachsen.de/studie-ungeordneter-brexit-gefaehrdet-jobs-von-100-000-deutschen/>).

Die Landesregierung schrieb am 27.09.2018: „Diese Auswirkungen sind - wie bereits in der Vorbemerkung erwähnt - nach Einschätzung aus dem Kreise der niedersächsischen Verbände und Interessenvertretungen Worst-Case-Szenarien, die möglichst durch das Treffen geeigneter Folgevereinbarungen zwischen der EU und dem VK oder aber vorübergehender einseitiger Maßnahmen auf EU-, Bundes- oder gegebenenfalls Landesebene abgemildert werden sollten“ (Drs. 18/1706).

1. Welche qualitativen und welche quantitativen Standortunterschiede gibt es, die die Niederlande bei der Unternehmensansiedlung gegenüber Niedersachsen begünstigen?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die durch den Brexit gefährdete Anzahl an Arbeitsplätzen in Niedersachsen?
3. Welche einseitigen Maßnahmen wurden bisher auf Landesebene getroffen, um die beschriebenen Worst-Case-Szenarien abzumildern?

(Verteilt am 19.02.2019)